Dresdner Nachrichten.
Nr. 29. Seite 2. Dienstag, 29. Jan. 1889.

entrollte mit köstlichen Worten ein Bild von dem Lebensgange des Kaisers, die Versammlung auffordernd, ein dreifaches Hoch dem Kaiser zu bringen. Die Sänger des Vereins, sowie einzelne Herren und Damen, erfreuten durch Gesang und Zitherspiel. — Im Königl. Gymnasium zu Dresden-Neustadt fand gestern früh 8 Uhr die Feier des Geburtstags des Kaisers statt. Nach einem Gebete, welches Herr Hofrath Dr. Jacob sprach, hielt Herr Conrector Prof. Dr. Kämmel die Festrede und führte aus, was das verflossene Lebensjahr unseres Kaisers uns genommen und was es uns gegeben hat. Anfang und Schluß der Feier bildete gemeinsamer Gesang. — In unseren Volksschulen beging man die Geburtstagsfeier in der Weise, daß man im Gebet fürbittend Kaiser und Reich der ferneren gnädigen Obhut des Allmächtigen empfahl. Auch nahm man Gelegenheit, den Kindern das Lebensbild unseres Kaisers vorzuführen. — Wie schon gestern erwähnt, hatten verschiedene Geschäftsleute anläßlich des Festtags ihre Schaufenster mit entsprechendem Schmuck versehen. Von denselben seien nachträglich noch die Herren Methe u. Co. in Neustadt und Juwelier Rößner, Schloßstraße, genannt.

— Die Verhandlungen der 62. Plenarsitzung des Landeskulturrathes im Sitzungssaale der 1. Ständekammer beginnen am 1. Tage (31. Januar) bereits Mittags ½12 Uhr.

— Bei dem Einblick in den sehr gut ausgestatteten, dem diesjährigen Wohnungs-Anzeiger beigefügten Stadtplan, wird man, mit einigem Interesse für die Vergrößerung unserer Stadt, zu der Ueberzeugung geführt, daß die Bebauung auf der Südwestseite Dresdens, zwischen dem Bergkeller und der Chemnitzerstraße auffallig zurückgeblieben ist. Diese Erscheinung mit der jetzt oft gehörten, aber durchaus unwahren Hypothese, daß sich die Vergrößerung der Städte fast nur in östlicher Richtung vollziehe, erklären zu wollen, ist als verfehlt zu erachten. Man braucht zur Begründung dieser Behauptung beispielsweise hier in Dresden nur auf die Entstehung der Ostvorstadt, des Schweizerviertels und der neuen großen Pippoldiswalder Vorstadt hinzuweisen, um sich bewußt zu werden, daß in der Neuzeit die Ausdehnung der Städte in erster Linie den Bahnlinien folgt und in zweiter Linie an solchen Stellen Platz greift, wo billiges und preiswürdiges Baugland vorhanden ist. Hierbei unterscheidet sich noch der Bau in geschlossener Häuserreihe und der in freistehenden Landhäusern. Für erstere Bauung braucht man thunlichst nahe Lage zur Mitte des Stadtverkehrs, ebene Bodenfläche und günstige Gelegenheit zur Beschaffung der Straßen, während man bei freistehenden Landhäusern lieber hochgelegenes Land in reiner gesunder Luft und womöglich mit Fernsicht von rechtswegen vorzieht. Nach diesen Ansichten und Grundregeln ist auch der neuere Dresdner Stadtbauplan entworfen und von den Behörden genehmigt worden und doch sieht man, wie trotz der jetzigen günstigen Geschäftslage zu Handel und Wandel und des sehr ansehnlichen Zuzugs nach Dresden jener eingangsbezeichnete Theil der Stadtflur, der sich nicht nur durch seine günstige, die reizendste Fernsicht über das ganze Elbthal von Meißen bis zur sächsischen Schweiz bietende Höhenlage, sondern auch durch die mit solcher Hochlage verbundenen gesunden und reinen Luft auszeichnet, nicht so in Anspruch genommen und gebaut wird, wie er es so vollkommen verdient. Noch unerklärlicher wird diese Thatsache durch den Umstand, daß das dortige Baugland zu einem verhältnißmäßig billigen Preise zu erlangen ist; wenigstens wurde von Einem der dortigen Grundstücksbesitzer mitgetheilt, daß der Quadratmeter Baustelle nach Abrechnung des Areals zu den Straßen und der Kosten für Straßen- und Schleusenbau, für 8 bis 10 Pf. zu haben sein werde. Weitere Nachfragen in dieser Angelegenheit haben jedoch ergeben, daß die weitere Bebauung dieser Feldflächen um deswillen nicht in wünschenswerther Weise vorschreitet, weil die städtischen Behörden den Weiterbau der benöthigten Straßen bis zur Vollendung der großen Schleuse in der Windmühlenstraße beanstanden wollen, insofern die neuen Wege auf den Höhenlagen dem jetzigen mangelhaften Schleusensystem in den Umgebungen der Bergstraße eine größere Menge Wasser zuführten als bisher, und daher auf jenen Neubau gewartet werden müsse, um eine noch größere Ueberfluthung der alten Straßen zu verhindern. Man muß aber diesem Argument die technische Berechtigung absprechen, denn in den umfriedigten Gärten der Landhäuser versickert das Regenwasser fast ganz, während es jetzt durch die auf allen Feldern angelegten Wasserfurchen abgeleitet, sehr schnell abläuft und die städtischen Schleusen füllt, wie man bei starken Gewitterregen an der Pergstraße und dem Höllengrundweg unschwer beobachten kann. Nach einer anderen Lesart soll den Interessenten auch der Bescheid gegeben worden sein, daß noch zahlreiche Baustellen an der russischen Kirche 2c. vorhanden wären und diese erst vor Ertheilung weiterer Konzessionen bebaut werden müßten. Aber auch diesen Grund kann man nicht für durchschlagend erachten und ihn nur insoweit anerkennen, daß die Bau-Erlaubnisse natürlich nicht in's Ungemessene ertheilt werden können, aber daß doch der Bauende einige Auswahl in den Plätzen haben muß, die ihn nicht zwingt, sich unbedingt auf dem westlichen Theile der Zelle'schen Straße anbauen zu müssen. Der Schleusenbau von der Marienstraße durch die Winckelmannstraße wird erst mit dem Jahre 1890 vollendet werden und mußten also noch volle zwei Jahre vergehen, ehe an eine Bebauung jener schönen Höhenlage gedacht werden kann. Hoffen wir jedoch, daß die zweijährige Bauruhe wesentlich abgekürzt, oder der Bau doch wenigstens derart disponirt werde, um Schleuse und neue Straße gleichzeitig zu vollenden, so daß man sich ein freundliches Heim dort gründen kann, ohne die Baustelle zu dem sehr hohen doppelten Preis erwerben zu müssen, wie er, weil ohne Konkurrenz, in geringerer dortiger Lage gefordert wird.

— Das 7. deutsche Turnfest, welches diesmal die Stadt München übernommen hat und vom 27. bis 30. Juli stattfinden wird, rückt immer näher heran. Die Turner Leipzigs rüsten sich bereits und haben begonnen die Vorarbeiten in den Vereinen. Auch der Löbauer Schlachtfeldgau wird eine Musterriege nach München schicken.

— Die Erbschaft des polnischen Dichters Kraszewski, der bekanntlich früher längere Zeit als naturalisirter Sachse seinen ständigen Aufenthalt in Dresden hatte und wegen Hochverraths nahezu zwei Jahre auf der Festung Magdeburg gefangen saß, ist jetzt gerichtlich geordnet worden. Danach hat Kraszewski ein Baarvermögen von 150,000 Rubeln, eine Sammlung werthvoller Gemälde, eine Bibliothek von 40,000 Bänden, zahlreiche kostbare Handschriften u. s. w. hinterlassen. Die kaiserliche Bibliothek in Petersburg soll nun die Absicht haben, diejenigen Handschriften, welche sich auf russische Geschichte beziehen, käuflich zu erwerben. Das Baarvermögen fällt der Wittwe, welche schon seit langen Jahren ihren Aufenthalt auf ihrem Landgut in Russisch-Polen hat, und den zwei Söhnen und beiden Töchtern des Verstorbenen zu. Einer der Söhne siedelte vor mehreren Jahren nach Paris über und ist dort als Ingenieur und Schriftsteller thätig.

— Der Kirchenvorstand der Kreuzgemeinde macht darauf aufmerksam, daß sich im Schiff der Kreuzkirche noch eine Anzahl gelöster, mit dem Namen der Inhaber versehener Sitzplätze befindet, bezüglich deren man im Zweifel ist, ob ihre Erhaltung gewünscht wird. Deshalb haben alle Inhaber solcher Plätze bis zum 31. März d. J. Erklärung hierüber in der Expedition des Pfarramtes oder in der des Kirchenvorstandes der Kreuzkirche abzugeben.

— Es kann nicht dringend genug gewarnt werden, wie gefährlich es ist, Kinder bei brennender Lampe ohne Aufsicht im Zimmer zu lassen. Die vierjährige Tochter des Kaufmanns J. in Berlin spielte neulich Abends auf dem Sopha, vor welchem ein Tisch mit der brennenden Petroleumlampe stand, während Frau J. im Nebenzimmer beschäftigt war. Das Kind muß sich wohl allzusehr über den schwachen Tisch gestützt haben, denn plötzlich schlug derselbe um, die Lampe, das Kind und der Tisch fielen gleichzeitig zu Boden und obwohl die erstere glücklicherweise nicht explodirte, so erlitt die Kleine doch arge Verletzungen an der Stirn und unterhalb des rechten Auges durch die glühend heißen Glassplitter des Cylinders. Letztere mußten dem bedauernswerthen Kinde durch einen Arzt herausgeschnitten werden.

— Der Kampf gegen die überflüssigen Fremdwörter wird besonders in der preußischen Eisenbahnverwaltung mit Erfolg fortgeführt. Der „Etat" (Voranschlag) für die preußischen, staatlich verwalteten Eisenbahnen hat wieder eine Reihe Fremdwörter ausgemerzt. So wurden aus den „Fahrbillets" „Fahrkarten", aus den „Retourbillets" „Rückfahrkarten", aus den „Abonnementsbillets" „Zeitkarten", aus den „Requisitionsscheinen" „Militärfahrscheine", aus den „Regie-Extrazügen" „Verwaltungs-Sonderzüge", aus dem „Differenzbetrag" ein „Unterschiedsbetrag". Die „ökonomische" Verwaltung hat einer „wirthschaftlichen", das „Dienstlokal" einem „Dienstraum" und das „Abrechnungsbureau" einer „Abrechnungsstelle" Platz gemacht. Aus den „Coupés" wurden „Wagenabtheilungen", aus den „Annoncen" „Anzeigen", aus den „Prozeß"- „Gerichts-Kosten". Die „Parallelwege im Bahn-Niveau" wurden durch „Seitenwege in Schienenhöhe", die „Barrièren" durch „Schranken", die „Kandelaber" durch „Laternenständer" ersetzt. Aus den „Materialien-Depots" sind „Niederlagen für Ausrüstungs-Gegenstände", aus den „Reservetheilen" „Ersatztheile", aus den „Coursuhren" „Zeituhren", aus den „Coupir- und Blombenzangen" „Loch- und Bleisiegelzangen", aus den „Central-Apparaten für Stellung von Weichen und Signalen" „Weichen- und Signaltelegraphe" geworden. Es wird für die Folge nicht mehr „à conto eines Fonds", sondern „für Rechnung einer Verwaltung" gebucht, und das „etc." macht dem „u. s. w." Platz.

Fortsetzung des örtlichen Theiles Seite 9.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Der Kaiser hat dem Vorstande der deutschkonservativen Partei seinen Dank aussprechen lassen für die Mittheilung der gegen die „Kreuzzeitung" gerichteten Erklärung desselben. Der Chefredakteur der „Kreuzzeitung", Freiherr v. Hammerstein, ist freiwillig aus dem Vorstand der Partei ausgetreten.

Das „Armeeverordnungsblatt" veröffentlicht eine Cabinetsordre des Königs, welche 65 Regimentern Infanterie und Cavalerie sowie 2 Pionierbataillonen die Namen früherer preußischer Könige und Prinzen (vom König Friedrich Wilhelm I. an) oder die Namen ausgezeichneter Generale (von Sparr, Derfflinger, Barfuß bis auf die neuesten Heerführer herunter) verleiht. Zum Andenken an das Lützow'sche Freikorps erhält das Infanterieregiment Nr. 25 den Namen v. Lützow. Beim anderen Regimentern ist der Name solcher Familien beigelegt, deren Mitglieder seit langen Jahren in großer Zahl in bedeutenden Stellungen der Armee angehörten (Borcke, Dönhoff, Goltz, Manwitz, Holstein, Bredow, Wedell, Arnim, Dohna). Das Leibgarde-Husaren-Regiment erhielt silberne Kesselpauken, die dritte und vierte Kompagnie des ersten Garderegiments, welche aus dem Jahre 1688 stammen, erhielten zu dem bisherigen Spruche auf dem Helme und den Blechmützen den weiteren Spruch „Semper talis". (Immer so!)

Ueber die jetzt maßgebenden Anschauungen bezüglich der Ausrüstung der Flotte, namentlich der Bedeutung der großen Schlachtschiffe und der Torpedos, wird offiziös geschrieben: Wenn unsere Regierung sich im Bau von großen Panzerschiffen Jahre hindurch große Zurückhaltung auferlegte, so geschah dies nur, weil nicht zu übersehen war, von welcher Bedeutung die Entwickelung des Torpedowesens sein würde, und ob nicht dadurch vielleicht eine vollständige Umwälzung in der Konstruktion der Schlachtschiffe bedingt würde. Heute ist diese Frage nach den angezogenen Aeußerungen so weit geklärt, daß der Torpedo diese Bedeutung nicht gewonnen hat und auch in absehbarer Zeit nicht gewinnen wird. Das schwerbepanzerte Schlachtschiff mit schweren Kanonen wird an entscheidenden Seekampf nach wie vor die erste Rolle spielen; der Torpedo bleibt eine Hilfswaffe. Die erwähnte Zurückhaltung in dem Bau der eigentlichen Schlachtschiffe hat nun, da andere Nationen damit vorgingen, die Machtverhältnisse zur See zu unseren Ungunsten bedeutend verschoben. Um dies nicht in noch höherem Maße eintreten zu lassen, ist es nach der Ansicht unserer Marineverwaltung geboten, nunmehr mit dem Bau von Panzerschiffen ohne längeres Zögern vorzugehen und denselben energisch zu fördern. Das ganze Flottenbau-Programm unserer Marineverwaltung, wie es in der bekannten, dem Etat für 1888/90 beigefügten Denkschrift entwickelt ist, hat das Ziel einer wirksamen Vertheidigung unserer Küsten im Auge. Das Projekt ist ein einheitliches, Alles greift ineinander; doch sind die Panzerschiffe das wichtigste Glied in der Kette. Man glaubt, sich nicht auf eine Vertheidigung der Häfen beschränken zu sollen, sondern will dafür sorgen, daß der Feind verhindert wird, mit geringen Streitkräften die ganze Küste lahmzulegen. Die bestehenden Küstenvertheidigungsschiffe sind indessen nur in der Nähe der Küsten zu gebrauchen, und die vorhandenen Schlachtschiffe sind veraltet, sodaß sie für sich allein zum Vorstoß nicht verwendet werden können. Unter solchen Umständen könnte der Feind mit einer kleinen Zahl guter, starker Schiffe weite Strecken blockiren, brandschatzen und selbst eine Landung ermöglichen. Deshalb hat man im Etat für 1889/90 durch Einstellung von ersten Ratenforderungen im Betrage von je 800,000 Mk. den Bau von vier neuen Panzerschiffen verlangt. Die Schiffe würden der bestehenden Flotte einen Kern geben, der sie befähigte, Vorstöße zu machen, selbst gegen eine starke feindliche Flotte, ohne welche in solchem Falle überhaupt kein Gegner aufzutreten wagen würde. Würde in dieser starken Inanspruchnahme der maritimen Kräfte des Feindes schon ein Vortheil liegen, so würde andererseits auch eine direkte Entlastung unseres Heeres durch die Sicherung der Küstenstrecke durch unsere Flotte eintreten. Bündige Aeußerungen darüber abzugeben, ob man auf lange Zeit mit den geforderten Schiffen genug haben werde, erklären die Vertreter unserer Marine-Verwaltung in der Kommissionsberathung für unmöglich, da man nicht vorhersehen könne, welche Erfindungen wieder gemacht und von anderen Seemächten in Anwendung gebracht werden würden. Die Budget-Kommission des Reichstags hat, wie bekannt, beschlossen, die Bewilligung der im Etat 1889/90 gestellten Forderungen für den Neubau von Schiffen dem Hause vorzuschlagen; sie war jedoch der Ansicht, daß eine wirkliche Verpflichtung nur bezüglich derjenigen Schiffe eingegangen werde, für die man im Etat erste Raten bewillige.

Zwischen der Ostafrikanischen Gesellschaft und dem Reich soll ein Vertrag zu Stande gekommen sein, der die Erstattung der Aufwendungen des Reiches seitens der Ostafrikanischen Gesellschaft zum Zweck hat, allerdings erst in der Zeit, wo die Ostafrikanische Gesellschaft mit großen Ueberschüssen wirthschaften wird.

Wißmann gedenkt hauptsächlich Sudan-Neger anzuwerben; dieselben werden mit unseren deutschen Hinterladern ausgerüstet werden, deren Gebrauch die Leute bei ihrer allgemein bekannten Anstelligkeit rasch erlernen dürften.

Die Illumination in Berlin anläßlich des Kaiserl. Geburtstag war weit allgemeiner und großartiger als sonst bei Königs Geburtstagen, von den letzten außerordentlichen Festtagen des greisen Kaisers Wilhelm abgesehen. Sie überstieg die weit gehegten Erwartungen auch in abgelegenen Stadtvierteln. Ein ungeheurer Menschenstrom bewegte sich bei herrlichstem mildem Frostwetter durch die Straßen.

Der vom Abg. Windthorst im Reichstage eingebrachte Antrag, die konfessionelle Paritäts-Klausel der Kongo-Akte, derzufolge die freie und öffentliche Ausübung aller Kulte und die Einrichtung von Missionen jeder dieser Kulte gewährleistet wird, auch auf die deutschen Schutzgebiete zu übertragen, wurde bereits früher vom Centrum gestellt, damals aber von der Mehrheit des Reichstags abgelehnt. Da die jetzige Afrika-Vorlage sich für das Vorgehen des Reichs in Ostafrika ausdrücklich auf die Kongo-Akte beruft, obwohl die ostafrikanische Küste nicht zu dem konventionellen Kongo-Gebiet gehört, hat das Centrum seinen Antrag wiederholt und erwartet nun widerstandslose Annahme desselben. Die frühere Ablehnung bezweckte im Wesentlichen die Ausschließung der Jesuiten und der ihnen „verwandten" Kongregationen von der Thätigkeit in den deutschen Schutzgebieten.

Ueber den Mord Förderers schreibt der „Anz. für Stadt und Land", das Organ des Getödteten: Je näher man die Einzelheiten erfährt, desto grausiger erscheint die That. Nicht nur 11 oder 14 Stiche hat Förderer erhalten, sondern 28, darunter 11, die bis in die Lunge und Leber drangen, mehrere in das Herz, einer hat am Unterhalse die Aorta vollständig durchschnitten. Die tödtlichen Stiche scheinen nicht die ersten gewesen zu sein, sondern die Verletzungen des Kopfes, der an mehreren Stellen wie zerfetzt ist. Haare mit Fleischtheilen lagen im Zimmer. Der Kampf muß ein furchtbarer gewesen sein. Die ersten Stiche wurden dem sitzenden Dekan versetzt, hernach scheint der Unmensch sein Opfer an den Füßen auf den Boden gezogen zu haben; dort stach er dann in bestialischer Weise auf den armen Mann ein. Der treue Bernhardiner des Herrn Dekan war von ihm kurz zuvor in den Hof gelassen worden. Der Mörder Ada wurde einem dreistündigen Verhör unterzogen, in dessen Verlaufe es ihm einmal übel geworden sein soll. Der Herr Dekan hat ein eigenhändiges Testament vom 16. Januar 1888 hinterlassen, in welchem er zu Gunsten kirchlicher Zwecke Verfügungen trifft. Sein nicht unbedeutendes Vermögen, „das er nicht im Kirchendienste erwarb, da er erst im 24. Pfarrjahre in den ungeschmälerten Pfründegenuß kam, sondern sich mit der Feder verdiente, deren Arbeit Gott gesegnet hat", vermachte er zum größten Theil der römisch-katholischen Pfarrei Lahr und der Erzbischof Hermannsstiftung. Das Eigenthum am Anzeiger hat er im Testamente an Herrn Schömperlen übertragen. Der in Baden-Baden weilende Großherzog ist durch die Nachricht von dem schrecklichen Ende des Dekans Förderer in tiefste Bewegung versetzt worden. Er ließ sich darnach erkundigen, ob Herr Dekan Förderer keine Verwandten besitze, da er diesen seine Theilnahme aussprechen wollte. Der Ermordete hat indeß keine näheren Verwandten hinterlassen.

In der Verhandlung über den Zweikampf Blum-Eichler vor dem Schwurgericht in Berlin war besonders zahlreich die Studentenschaft vertreten. Der Angeklagte Stud. Eichler, der der älteste Sohn des jetzt zu Pasewalk lebenden Superintendenten Eichler ist, in Berlin, Tübingen und Halle studirte und jetzt von der Berliner Universität entfernt worden ist, erklärte auf Befragen des Präsidenten u. A., er bekenne sich schuldig, seinen Gegner, den Stud. med. Blum im Zweikampf getödtet zu haben und er gebe zu, daß der Zweikampf ein solcher war, welcher den Tod des Einen von Beiden herbeiführen sollte. Präsident: „Weshalb wählten Sie solche scharfe Waffen?" — Angeklagter: „Die Beleidigung, die dem von mir vertretenen Vereine zugefügt wurde, erheischte die Wahl dieser Waffen." — Auf Befragen des Vertheidigers, Rechtsanwalts Dr. Sello, bemerkte der Angeklagte: Als das erste Duell vom 6. Dezember gestört war, verlangte Blum, daß die Waffen bei der Fortsetzung des Zweikampfes schärfer gewählt werden, und zwar sollte mit Stechern geschossen werden. Mein Sekundant hat jedoch diesen Vorschlag als incommentmäßig abgelehnt. Bei der Fortsetzung des Kampfes am 11. Dezember wurden vor Beginn wiederholt Vermittelungsversuche gemacht. Zuerst wurde Blum als Vertheidiger aufgefordert, seine Beleidigung zurückzunehmen. Blum erklärte jedoch, daß er dazu keine Veranlassung habe. Als ich nun zum Vergleich aufgefordert wurde, erklärte ich: ich verzichte unter diesen Umständen auf einen Vergleich. Nach dem ersten oder richtiger dem zweiten Kugelwechsel, denn der erste Kugelwechsel fand ja bereits in Waidmannslust statt, wurde Blum wieder aufgefordert, die Beleidigung zurückzunehmen. Blum erklärte, er wolle sich erst nach dem zweiten Kugelwechsel erklären. Ich mußte, nachdem mir die Erklärung Blum's überbracht war, ebenfalls einen Vergleich ablehnen, und zwar hielt ich mich umsomehr zu dieser Handlungsweise verpflichtet, da ich wußte, daß, wenn der Vergleich zwischen mir und Blum zu Stande kam, der Zweikampf zwischen Sänger und Blum sogleich beginnen würde. Sänger war bereits zur Stelle. Ich that also den letzten Schuß. Als ich sah, daß Blum gefallen war, erkundigte ich mich nach der Art der Verwundung. Als ich hörte, daß dieselbe eine sehr schwere sei, beauftragte ich meinen Sekundanten, Herrn Blum den letzten Gruß zu überbringen. Auf Befragen des Präsidenten erklärte der Angeklagte, daß er vor dem Duell niemals eine Pistole in der Hand gehabt habe. — Die weiter vernommenen Zeugen, sämmtlich Studirende, bestätigen vollinhaltlich die Bekundungen des Angeklagten. Die Zeugen bekundeten im Weiteren, daß der Angeklagte so kurzsichtig sei, daß er mit einem doppelten Pincenez habe schießen müssen. Der Präsident legte den Geschworenen folgende Fragen vor: 1) Ist der Angeklagte schuldig, seinen Gegner, den Cand. med. Blum, im Zweikampf getödtet zu haben? 2) War der Zweikampf ein solcher, welcher den Tod des Einen von Beiden herbeiführen mußte? Nach sehr kurzer Berathung verkündete der Obmann, daß die Geschworenen die erste Frage bejaht, die zweite Frage verneint haben. Auf Antrag des Staatsanwalts verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten zu 2 Jahren Festungshaft.

In der letzten Commission für Alters- und Invalidenversicherung wurde über den Reichszuschuß debattirt, ohne daß es zur Abstimmung darüber kam. Minister v. Bötticher suchte zu bestreiten, daß dieser Reichszuschuß auf dem Wege der indirekten Steuern gerade aus den Taschen der ärmeren Bevölkerung entnommen werden müsse, und versicherte mit Emphase, man würde ihn den Matrikularbeiträgen entnehmen. Diese steuerpolitische Ansicht erweckte lebhaften Widerspruch.

Aus dem Orte Welver bei Soest wird gemeldet: Im Kampf mit Weidedieben wurde einem Knechte der Schädel gespalten. Die Mörder sind bislang noch nicht entdeckt.

Coloniales. Während englische Zeitungen in ihren Telegrammen aus Sansibar meldeten, der Araber Buschiri habe die Anfrage von deutscher Seite wegen Loskaufs der gefangen genommenen Missionare und Missionarinnen der St. Benedictus-Genossenschaft in ihrer Niederlassung zu Pugu damit beantwortet, daß er die Entfernung aller Deutschen von der Küste verlangte, wird jetzt von deutscher Seite aus bekannt gemacht, daß er nur das Verlangen gestellt habe, man solle deutscherseits Dares-Salaam räumen; dann wolle er die Gefangenen sofort freigeben. Wenn auch diesem Verlangen nicht stattgegeben werden kann und wird, so ist die Auslösungsfrage doch damit nicht abgeschlossen. Buschiri hat offenbar nach Art seiner Landsleute einen recht hohen Preis, dessen Zugeständniß er selbst nicht glaubte, genannt, um möglichst viel herauszuschlagen. Er hat mit der Gefangennahme Dr. Meyers und Baumanns sofort eine Summe von 12,000 Rupies (20,000 Mark) empfangen. Das hat natürlich seine Habsucht gereizt, und er hofft, durch die größere Anzahl der gefangenen Missionare noch eine entsprechend höhere Summe zu erhalten. Er wird für weitere Vorschläge wahrscheinlich recht zugänglich sein, und mit einiger Geduld wird die Auslösung der Gefangenen noch gelingen. Buschiri muß übrigens auf seine Leute auch Rücksicht nehmen; er kann schon seiner Anhänger wegen beim Anfang solcher Unterhandlungen nicht so auftreten, als ob er dem ausgesprochenen Wunsche sofort entspräche. Auch muß er das Lösegeld mit seinen Kriegern bis zu einem gewissen Maße theilen, wie er einen beträchtlichen Theil des Meyer'schen Lösegeldes wieder abgegeben hat.

Oesterreich. Der Toast, den Kaiser Franz Josef auf den deutschen Kaiser bei dem zu dessen Ehren veranstalteten Galadiner ausbrachte, lautet: „Ich trinke auf das Wohl Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm, meines Freundes und Verbündeten." Der in Wien anläßlich des Geburtsfestes des deutschen Kaisers zu einem Festessen versammelte reichsdeutsche Verein „Niederwald" sendete an den Kaiser folgendes Telegramm: „Eingedenk in frischer freudiger Erinnerung des Tags, da Ew. Majestät an der Seite Ihres erhabenen Verbündeten in Wien einzogen und es dem „Niederwald" vergönnt war, dem Kaiser des Deutschen Reiches seine jubelnde Huldigung darzubringen, erneuern wir heute den Ausdruck der Gefühle unserer Anhänglichkeit an den geliebten Kaiser und bitten den Allmächtigen, daß er Ew. Majestät Segen und reichen Erfolg gewähre zum Heile des Deutschen Reiches. Gott schütze und segne unseren Kaiser und das kaiserliche Haus! Es lebe der Kaiser!"

Die „Neue freie Presse" legt der Erklärung des deutschen Reichskanzlers in seiner Reichstagsrede betr. des Einverständnisses mit England einen großen Werth bei und räumt ein, daß der Widerstand der deutschen Opposition in der Kolonialpolitik im Volke keinen starken Rückhalt habe. Die „Deutsche Zeitung" mahnt das deutsche Volk, des Satzes „Adel verpflichtet" eingedenk zu bleiben; nicht unthätiger Thatendrang, sondern reife Ueberlegung führe Deutschland auf die Bahn kolonisatorischer Arbeit.

Auf dem Kammitzer Bezirksgerichte weht seit vier Tagen die weiße Flagge, zum Zeichen, daß sich kein Sträfling in den Arrestzellen befindet.

Ungarn. In Oedenburg kam es zwischen Studenten und Husarenoffizieren zu ziemlich heftigen Conflicten im Theater aus Anlaß der Ueberreichung von Bouquets mit schwarz-gelben Schleifen an die Operettendiva.

Die große Vor-Konferenz zur Landesversammlung der wehrpflichtigen Jugend in Budapest fand am 26. unter dem Vorsitz des Abgeordneten Geza Polonyi statt. An derselben nahmen blos die studentischen Kreise massenhaft Theil, doch fehlten immerhin noch acht Zehntel der immatriculirten Hörer. Die Delegirten von Preßburg stellten unter stürmischem Widerspruch der Versammelten den Antrag, daß an die Krone eine Petition gerichtet werde, was ihrer Ansicht nach ganz loyal sei, denn der Monarch sei falsch berichtet und kenne nicht den Wunsch der Nation. Hierauf wird die Resolution der Budapester Jugend unterbreitet, in welcher in ziemlich mäßigem Tone hauptsächlich gegen die deutschen Offiziers-Prüfungen protestirt wird, welche die Nation schädigen und die Jugend beschämen. Die Resolution ist lediglich ein Appell an die Nation. Dieselbe wurde auch einstimmig angenommen. Das Amendement, daß das Volk im Wege von Volksversammlungen den regierungsfreundlichen Abgeordneten Mißtrauen votire, wurde abgelehnt. Kurz vor 7 Uhr fand ein Massen-Auszug der Studenten zur Festvorstellung im Volkstheater in größter Ruhe statt. In einigen Logen bemerkte man oppositionelle Abgeordnete, in einer Prosceniumsloge den Abgeordneten Grafen Julius Andrassy und zwei junge Karolyi's. Ovationen gab's gleich zu Anfang, als das Orchester den Rakoczy-Marsch anstimmte, welcher wiederholt werden mußte. Im ersten Akt wirkten auf das demonstrationslustige Publikum ein Satz, welcher von der „außer Rand und Band" gerathenen Tisza (Theiß) spricht, und ähnliche aktuelle Wortspiele. Um 10 Uhr zog die Jugend, patriotische Lieder singend, vom Theater zum Begrüßungsabend.

Frankreich. Nach dem vollständig vorliegenden Resultate nahmen an der Pariser Wahl von 568,697 eingeschriebenen Wählern 435,860 Theil. Boulanger wurde mit 244,070 Stimmen gewählt; Jacques erhielt 162,520 Stimmen, Boulé (Sohn) 16,760, 10,358 Stimmen zersplitterten sich. Die erhebliche Mehrzahl Boulanger's verursachte in den republikanischen Kreisen Bestürzung; es wird berechnet, daß 80,000 Republikaner für Boulanger stimmten. Boulanger siegte in sämmtlichen Arrondissements, ausgenommen im dritten. Die Abends in Paris vorgenommenen und aufrechterhaltenen Verhaftungen beziffern sich auf 7; ernste Ruhestörungen sind trotz des bis 2 Uhr Nachts währenden lebhaften Treibens nicht vorgekommen. Die republikanischen Blätter erkennen an, daß die republikanische Partei durch die Wahl Boulanger's eine schwere Niederlage erlitten habe, indessen brauche man sich nicht entmuthigen zu lassen, man möge kaltes Blut bewahren, und das Bündniß aller Republikaner gegen den drohenden Cäsarismus müsse sich immer enger gestalten. Der Abg. Jouvenel will das Ministerium interpelliren, welche Schritte es gegen den Boulangismus beabsichtigt? Die monarchistischen und boulangistischen Journale sehen in